

Meine Woche Firlefanzen von Jürgewitz



Von
Gert-Dieter
Meier

Viele Menschen reiben sich in diesen Tagen verwundert die Augen, wie der zukünftige US-Präsident Donald Trump mit den Medien umgeht. Dabei brauchen wir, wenn wir Negativbeispiele für abenteuerliches Demokratieverständnis suchen, gar nicht weit blicken. Die AfD, die sich gerne als Lautsprecher der System-Geknechteten auführt, brüllt nicht minder laut gegen die „Lügenpresse“. Und zwar gerade hier, vor Ort. Was der AfD-Stadtverordnete Thomas Jürgewitz in seiner Antwort auf die „Frage der Woche“ der NZ (siehe Seite 16) hinausposaunt, ist schwer zu verdauender Tobak. Es ging bei diesem Thema schlicht und ergreifend um die Frage, ob es den demokratischen Spielregeln entspricht, wenn die AfD Medien bei Parteitagen aussperrt. Jürgewitz' Antwort offenbart sein grundgefährliches Demokratieverständnis. Er sagt: „Wer sich nicht benehmen kann oder gern nachtritt, kommt nicht ins Haus.“ Erstens wüsste ich nicht, dass sich ein NZ-Berichterstatler jemals bei einem AfD-Termin daneben benommen hätte. Zweitens frage ich, quasi im Umkehrschluss der Jürgewitz-Antwort: Wer uns nach dem Maul schreibt, darf dann rein? Soll das Demokratie sein? Nein, das ist, höflich formuliert, Gutsherrenart und direkter gesagt: Zensurwahn! Ob man es nun wahrhaben mag oder nicht: Pressefreiheit ist integraler Bestandteil unserer Demokratie – Pressefreiheit ohne Einschränkung, wohlgeachtet. Im Grundgesetz steht aus gutem Grund nicht, dass Pressefreiheit nur für die gilt, die der AfD, SPD, CDU nach dem Mund reden. Pressefreiheit gilt für alle Medien. Punkt.

Das sollte auch ein Herr Jürgewitz, das sollte auch (s)eine AfD berücksichtigen. Jürgewitz selbst nutzt ja die Medien gerne, um seine bisweilen kruden Botschaften unters Volk zu bringen. Und gerade auch auf der Seite „Frage der Woche“ hat er oft genug ziemlich pauschal gegen „die Politiker“ (gemeint waren immer die anderen), „den Filz“ (gemeint war immer der Filz in den anderen Parteien) oder „die Ungerechtigkeit“ (Sie ahnen es: ausgelöst immer von „den Mächtigen“) gewettert. Dafür hat er immer dann, wenn es um parteiinterne Dinge bei der AfD ging, die Schotten dicht gemacht. Da beansprucht Jürgewitz dann einen „Schutz der Privatsphäre für unsere Mitglieder“, über die „die Medien“ ja auch so gerne vorsätzlich falsch schreiben. Kein Wort von Jürgewitz dagegen von dem ungeheuren Druck, den er selbst auf unbequeme Mitglieder in eigenen Reihen ausübt. Das sagt nicht „die Lügenpresse“, das sagen uns AfDler, die aber namentlich nicht genannt werden wollen, weil sie Angst haben. Angst vor Jürgewitz. Und wenn an alledem nichts dran ist, wenn es bei Parteitagen, Treffen oder Versammlungen tatsächlich friedlich und harmonisch zugehen sollte, wie das gerne suggeriert wird, dann frage ich mich: Warum werden dann „die Medien“ ausgesperrt? Datenschutz? Privatsphäre? Firlefanzen! Offenbar mag „die AfD“ nicht, wenn man ihr auf die Finger schaut. Das aber, Herr Jürgewitz, gehört nun mal zum normalen politischen Alltag. Ob's Ihnen behagt oder nicht.

gert-dieter.meier@nordsee-zeitung.de



Unfall-Schiff wird entladen

Der an Weihnachten in starke Schlagseite geratene RoRo-Frachter „Glovis Corona“ wird seit Freitag entladen. Zunächst werden alle intakten Fahrzeuge von Bord gefahren und auf ein anderes Schiff der Reederei mit Ziel Nahost verladen. In der nächsten Woche soll dann die Bergung der verrosteten und zum Teil schwer beschädigten Ladung beginnen. Auch Panzer sollen darunter sein, die in ein arabisches Land gelieft werden sollen. An Bord sollen insgesamt rund 1800 Fahrzeuge sein, die meisten seien unbeschädigt, sagte der Hafenkaptän. Die Entladung der bis zu 60 Tonnen schweren Fahrzeuge sei eine logistische Herausforderung, sagte Andreas Mai. Die Arbeiten sollen eine Woche dauern. Foto Scheer

Zoff um den OTB: Hat der Senat gelogen? / Baufirmen bekommen Entschädigung

Lügen-Vorwurf gegen Senat

Staatsgerichtshof muss entscheiden: Hat die Regierung das Parlament richtig über den OTB informiert?

Von Klaus Mündelein

BREMERHAVEN. Hat der Senat die Bürgerschaftsabgeordneten beim Offshore-Terminal (OTB) belogen? Das behauptet jedenfalls Jan Timke von den „Bürgern in Wut“ (BIW). Mit dem Staatsgerichtshof muss sich jetzt das höchste Gericht des Landes um den Vorwurf kümmern.

Etliche Richter mussten sich bereits mit Klagen im Zusammenhang mit dem umstrittenen Hafenausbau-Projekt beschäftigen: Schließung des Flugplatzes Luncenort, Baustopp, Zuständigkeit für das Planverfahren – die Liste ist lang. Da mutet der aktuelle Streit

vor dem Staatsgerichtshof eher sonderbar an. Aber es geht hier ums Grundsätzliche, um die Auskunftspflicht der Mächtigen gegenüber dem Parlament.

Anlass des Streits war eine Fragestunde in der Bürgerschaftssitzung vom Oktober 2014. Es ging um den OTB, um die Frage nach der Zuständigkeit für das Planfeststellungsverfahren. Damals hatte Timke bereits vom Bund für Umwelt und Naturschutz erfahren, dass der Zweifel an der Zuständigkeit des Landes hat. Die Naturschützer waren der Meinung, dass die Bundeswasserstraßenverwaltung für das Genehmigungsverfahren zuständig sei. Timke wollte in der Bürgerschaft nun wissen, ob es „Absprachen“ zwischen Land und Bund über die

Zuständigkeitsfrage gegeben habe. Die Antwort lautete knapp „Nein“.

Da Umweltsenator Joachim Lohse (Grüne) aber später selbst gegenüber der Presse von intensiven Abstimmungen mit der Bundeswasserstraßenverwaltung gesprochen hatte, sah sich Timke nun durch die Antwort des Senats in der Bürgerschaft getäuscht. Er klagte. „Der rot-grüne Senat hat das Parlament belogen“, sagte er auch nach der mündlichen Verhandlung vorm Staatsgerichtshof am Freitag.

Pflicht zur präzisen Frage

Der Begriff der „Absprache“ ist kein juristischer, betonte Staatsgerichtshofpräsidentin Isemarie Meyer. Sie erinnerte Timke daran, dass er als Abgeordneter verpflichtet ist, präzise und klare Fragen zu stellen. „Einen Anwalt müssen Sie dabei aber nicht hinzuziehen.“ Die Verwaltung könne aber auch nicht nur nach dem Wortlaut der Frage gehen, sondern habe die Pflicht, gegebenenfalls die Intention des Abgeordneten auch durch Nachfragen aufzuspüren.

Timkes Anwalt Andreas Reich bezichtigte den Senat der klaren Falschaussage. Wenn Timke nach Absprachen frage, dann sei klar, dass es um Gespräche zwischen den Behörden des Bundes und des Landes gegangen sei und damit auch um die Ergebnisse dieser Gespräche. „Somit hätte die

» Der rot-grüne Senat hat das Parlament belogen. «



Jan Timke, Bürger in Wut (BIW)

Frage von Timke mit Ja beantwortet werden müssen.“

Janine Lamot von der Wirtschaftsbehörde des Landes sah das anders. Die Behörden dürften und könnten über Zuständigkeiten gar keine Absprachen treffen. Das sei zwar eine juristische Einschätzung. Aber da Timke bei seinem Fragenkatalog insgesamt betrachtet bewusst auf die Rechtsgrundlagen abgehoben habe, habe das Ressort auch die Frage nach den Absprachen juristisch bewertet und folgerichtig mit „Nein“ geantwortet.

Reich, der von einer „böswilligen Interpretation“ sprach, plädierte schließlich an die Richter, die Rechte der Abgeordneten zu stärken. Ihre Fragen könnten ohne das Vorwissen, über das die Verwaltung verfüge, gar nicht präziser gestellt werden. Erst im Februar wird der Staatsgerichtshof die Entscheidung verkünden.



Über Maßnahmen zur Vorbereitung des Baus ist der Offshore-Terminal nicht hinausgekommen. Etliche Klagen liegen an. Nun geht es um die Frage, ob der Senat die Abgeordneten falsch informiert hat. Foto Scheer

Über 440 000 Euro für das Nichtstun

Baufirmen bekommen Entschädigung für Verzögerung des OTB – Vertrag wird eingefroren

BREMERHAVEN. Die Verzögerungen beim Offshore-Terminal (OTB) kosten den Steuerzahler viel Geld. Wöchentlich bis zu 37 000 Euro muss das Land den Baufirmen zahlen, weil nichts passiert. So lange der vom Verwaltungsgericht verhängte Baustopp gilt, ruhen die Bagger. Mit einer Art Stillhalteabkommen (Moratorium), das in Kürze unterzeichnet werden soll, kann der Vertrag ohne Kündigung fortbestehen. Er wird quasi auf Eis gelegt, bis das Hafenausbau-Projekt in Angriff genommen oder endgültig aufgegeben wird.

Ende März vergangenen Jahres hat die für den Bau des Hafens

zuständige Hafengesellschaft Bremenports mit der Arbeitsgemeinschaft (Arge) aus den Unternehmen Eduard Züblin (Hamburg) und Heinrich Hirdes (Bremen) den Vertrag für den Bau des OTB geschlossen. Nachdem Urteil des Verwaltungsgerichts im Mai, das einen Baustopp verhängt hatte, war klar, dass erst einmal lange Zeit nichts passieren würde. Das Wirtschaftsressort will den Vertrag dennoch nicht kündigen. In Form des Stillhalteabkommens werden nun Regelungen für die Überwinterung des Vertrags getroffen.

Demnach wird für die Zeit von August 2016 bis März dieses Jah-

res das Land eine so genannte Verzögerungsvergütung an die Arge zahlen. In den ersten Wochen beträgt die Summe wöchentlich 37 350 Euro, in den folgenden Wochen nur noch 10 170 Euro, heißt es in einer Vorlage für die Wirtschaftsdeputation. Das sind rund 440 000 Euro.

Preis Anpassungen

Sollte es irgendwann mit dem Bau des Terminals losgehen, wird es eine Preis Anpassung geben, die sich an der Inflationsrate orientiert. Damit sind die Ansprüche der Baufirmen aufgrund des verzögerten Baubeginns abgegolten, weitere Forderungen können

nicht geltend gemacht werden.

Das Moratorium ermögliche es dem Senat, ohne große Verzögerungen mit dem Bau des Hafens loslegen zu können, sollte ein Gericht den Baustopp wieder einkassieren, sagt Jörg Peters vom Wirtschaftsressort. Und man bleibe trotz der Preis Anpassungen im Kostenrahmen. Die Baufirmen hätten ebenfalls ein Interesse an dem Stillhalteabkommen, weil sie sich so nicht bei einer neuen Ausschreibung erneut durchsetzen müssten. Das Moratorium gilt bis zum 31. Dezember 2021. Sollte der Hafen nicht mehr gebaut werden, hat das Land ein Kündigungsrecht. (mue)

Bilanz

Ein tolles Jahr für Helgoland

BREMERHAVEN/HELGOLAND. Zufriedene Gesichter auf der Hochseeinsel Helgoland, denn 2016 war eines der besten Jahre bei den Gästezahlen. Das gab Tourismusdirektor Klaus Furtmeier am Freitag bekannt: „Mit 357 089 Tages- und Urlaubsgästen konnten wir einen Zuwachs von 19,05 Prozent gegenüber dem Vorjahr registrieren.“

Innerhalb von zehn Jahren hat sich die Zahl der Urlauber, die mindestens eine Nacht auf der Insel bleiben, annähernd verdoppelt, mehr als 85 000 waren es im vergangenen Jahr.

„Zufrieden“ bis „sehr zufrieden“ mit dem Saisonergebnis zeigten sich alle Reedereien, die Helgoland bedienen. Von Bremerhaven starteten zwischen Mai und Oktober rund 67 000 Passagiere mit der „Fair Lady“, etwas mehr als 2015. Allerdings blieb nur jeder Fünfte von ihnen auch über Nacht. Von Cuxhaven fuhren mit der neuen „Helgoland“ 128 447 Fahrgäste.

Saisonstart im Mai

Die Minikreuzfahrten zur einzigen deutschen Hochseeinsel starten von der Seebäderkaje wieder am 20. Mai und gehen bis zum 24. September. In der Hauptsaison soll die „Fair Lady“ wieder mehrmals nach Hooksiel verlegt werden. An Bord ist Platz für 799 Gäste. Von der Seebäderkaje will die Reederei dann Busse nach Cuxhaven fahren lassen. (nz)

Marienkirche

„Oliver Twist“ im Gottesdienst

GEESTEMÜNDE. Zu einem Film-Gottesdienst lädt die Marienkirche am Sonntag, 15. Januar, um 17 Uhr ein. Im Gotteshaus An der Mühle werden Ausschnitte aus dem Film „Oliver Twist“ (USA 2005) gezeigt. Dazu gibt es Texte, Predigt und Lieder. Den Gottesdienst hält Lektor Thorsten Kleen. (nz)

Wir stellen uns vor



Christian Heinig
ist seit Jahresbeginn in der Sportredaktion der NORDSEE-ZEITUNG. Der 34-Jährige kommt aus Berlin und freut sich nach Jahren im Großstadtgetümmel auf die Zeit an der Küste. Seine Spezialgebiete sind Basketball und US-Sport.

» Wenn ich nicht Redakteur wäre, dann wäre ich...

... wahrscheinlich Eisverkäufer (und selbst mein bester Kunde!).

» Ich würde gerne mal ein Interview führen mit...

... Cristiano Ronaldo und ihn fragen, ob er noch die Namen aller Models zusammenbekommt, mit denen er schon ein Date hatte.

» Darin bin ich richtig gut:

Im Zuschneffahren. Ich bin erst einhalb Wochen hier und wurde schon zweimal geblitzt.

» Der Norden ist großartig, weil...

... das Meer in der Nähe ist!

» Das will ich unbedingt noch machen:

Einmal mit einem T1 „Bulli“ quer durch die USA reisen.

» Dafür würde ich alles stehen und liegen lassen:

Eine Probefahrt in einem 1969er Dodge Charger R/T.